



Beschluss zu LSG-NRW-2013-32-1

I. Es ist festzustellen,

dass der Antragsgegner gegen die Satzung gehandelt hat und somit Finanzmittel zu unrecht für den Länderfinanzausgleich genutzt habe. Die klagenden Parteien fordern die Antragsgegner somit auf die zu Unrecht herangezogenen Finanzmittel aus der staatlichen Teilfinanzierung aus den Jahren 2012 und 2013 nach damals geltender Satzung neu zu berechnen und entsprechenden Konten zuzuweisen.

Der Vorstand der Piratenpartei Deutschland Kreisverband Dortmund,

vorstand@piratenpartei-dortmund.de,

— Antragsteller 1 —

Geforderter Betrag für 2012: **972,24 €**

Geforderter Betrag für 2013: **819,95 €**

der Vorstand der Piratenpartei Deutschland Kreisverband Gelsenkirchen,

gelsenkirchen@piratenpartei-nrw.de,

— Antragsteller 2 —

Geforderter Betrag für 2012: **505,19 €**

Geforderter Betrag für 2013: **426,05 €**

gegen

die Piratenpartei Deutschland Landesverband Nordrhein-Westfalen,

vorstand@piratenpartei-nrw.de,

— Antragsgegner 1 —

und die im Auftrag des Landesverbandes handelnde

Schatzmeisterei des Landesverbandes NRW,

schatzmeister@piratenpartei-nrw.de.

— Antragsgegner 2 —

II. Es ist festzustellen,

dass der Antragsgegner gegen die Satzung gehandelt hat und somit Finanzmittel zu unrecht für den Länderfinanzausgleich genutzt habe. Die klagenden Parteien fordern die Antragsgegner somit auf die zu Unrecht herangezogenen Finanzmittel aus der staatlichen Teilfinanzierung nach damals geltender Satzung neu zu berechnen und entsprechenden Konten zuzuweisen.

Der Vorstand der Piratenpartei Deutschland Kreisverband Lippe,

vorstand@piratenpartei-lippe.de,

— Antragsteller —

Geforderter Betrag: **814,15 €**

gegen



**PIRATEN
PARTEI**

Piratenpartei NRW
Landesschiedsgericht
Postfach 101925, 44719 Bochum
schiedsgericht@piratenpartei-nrw.de
Fax: +49211-54223-489
NRW, den **28.09.2014**
AZ: **LSG-NRW-2013-32-1**

den Vorstand der Piratenpartei Deutschland Landesverband Nordrhein-Westfalen,
vorstand@piratenpartei-nrw.de,
— Antragsgegner 1 —

und die im Auftrag des Landesverbandes handelnde

Schatzmeisterei des Landesverbandes NRW,
schatzmeister@piratenpartei-nrw.de,
— Antragsgegner 2 —

III. Es ist festzustellen,
dass die Zuweisungen des Landesverbandes aus der staatlichen Teilfinanzierung aus dem Jahre 2012
nicht satzungsgemäß berechnet wurde und dieses nachzuholen ist.

Der Vorstand der Piratenpartei Deutschland Kreisverband Wesel,
wesel@piratenpartei-nrw.de,
— Antragsteller —

Differenz der Neuberechnung: **870,26 €**
gegen

den Vorstand der Piratenpartei Deutschland Landesverband Nordrhein-Westfalen,
vorstand@piratenpartei-nrw.de.
— Antragsgegner —

IV. Es ist festzustellen,
dass der Antragsgegner gegen die Satzung gehandelt hat und somit Finanzmittel zu Unrecht für den
Länderfinanzausgleich genutzt habe. Die klagenden Parteien fordern die Antragsgegner somit auf die
zu Unrecht herangezogenen Finanzmittel aus der staatlichen Teilfinanzierung nach damals geltender
Satzung neu zu berechnen und entsprechenden Konten zuzuweisen.

Piratenpartei Deutschland Kreisverband Kleve,
vorstand@piratenpartei-kleve.de,
— Antragsteller —

gegen

den Vorstand der Piratenpartei Deutschland Landesverband Nordrhein-Westfalen,
vorstand@piratenpartei-nrw.de,
— Antragsgegner 1 —

und

– 2 / 4 –

Das Landesschiedsgericht der Piratenpartei Nordrhein-Westfalen wird vertreten durch:

Benjamin
Killewald
Ersatzrichter

Christian
Degen

Christina
Worm
Ersatzrichter

Elle
Nerdinger
Ersatzrichter

Karsten
Nerdinger
Ersatzrichter

Martin
Kesztyüs

Melano
Gärtner
Vorsitzender
Richter

Ralf
Hurnik
Ersatzrichter



■ als **Landesschatzmeister**
und Mitglied des Landesvorstandes,
■,
— Antragsgegner 2 —

hat das Landesschiedsgericht der Piratenpartei Nordrhein-Westfalen unter Mitwirkung der Richter Melano Gärtner, Martin Kesztyüs und Christian Degen auf Grund der Zurückverweisung des Urteils LSG-NRW-2013-032-1 durch das Bundesschiedsgerichtsurteil BSG 15/14-H S auf der Sitzung am 28.09.14 beschlossen,

- der Fortführung der Verhandlung nach erneuter Vorlegung der zur Nachbesserung an die Kläger zurück gegebenen Klageschriften nach §§ 8 I, V, VI, 10 IV S1 SGO zuzustimmen,
- dass das Verfahren weiterhin das Aktenzeichen LSG-NRW-2013-032-1 tragen wird und dieses bei jeglicher Kommunikation zum Verfahren anzugeben ist,
- dass die beteiligten Richter nach § 10 III S1 SGO i.V.m. dem aktuellen Geschäftsverteilungsplan des Landesschiedsgericht NRW als Berichtserstatter Melano Gärtner und als Richter Christian Degen und Martin Kesztyüs sein werden,
- dass alle benannten Vertreter dem Schiedsgericht gegenüber eine Postanschrift anzugeben haben und einen Beschluss oder offizielles Bestätigungsschreiben, dass benannter Prozessbevollmächtigter auch bestimmt wurde
- dass den beteiligten Parteien eine Frist bis zum **18.10.2014** setzt wird, um sich zu diesem Fall zu äußern. Das Landesschiedsgericht bittet dabei um eine Nachricht, falls eine Partei keine Stellungnahme abgeben möchte.

Die Klageschrift und sonstige Unterlagen befinden sich im Anhang.

I. Hinweise des Schiedsgerichtes

Das Schiedsgericht weist alle Parteien darauf hin, dass das Fortführen des Verfahrens auf Grundlage des Bundesschiedsgerichtsurteil BSG 15/14-H S stattfindet. Entsprechend wurden die Klageparteien mit Hinweis auf besagtes Bundesschiedsgerichtsurteil angewiesen, entsprechend ihre Klageschriften anzupassen und ggf. erneut einzureichen.

Das Landesschiedsgericht weist alle Verfahrensbeteiligten des weiteren darauf hin, dass das Bundesschiedsgericht in seinem Urteil auf Seite 3 erster Absatz der Überzeugung ist, dass das Landesschiedsgericht NRW sich ausführlich und richtig mit den dargebrachten Argumenten auseinander gesetzt und daraus korrekte Schlüsse gezogen habe.



Daher ergeht von Seiten des Landesschiedsgerichtes und auf Grundlage der nun von den Klägern benannten Differenzbeträgen an alle Parteien die Frage, ob Kläger und Beklagte nunmehr bereit sind, sich in der Streitsache auf einen Vergleich zu einigen.

Sollten alle Parteien einem Vergleich zustimmen, würde oben angegebener **Punkt 5** entfallen und das Schiedsgericht würde anbieten, eine (fern-)mündliche Verhandlung anzusetzen, wo sich die Vertreter der Streitparteien treffen könnten, um zu verhandeln.

II. Rechtsmittel- / Rechtsbehelfsbelehrung

Gegen diesen Beschluss gibt es nach SGO keine Möglichkeit des Widerspruchs.

Nach § 5 II S1 SGO haben die Verfahrensbeteiligten das Recht, die Ablehnung eines Richters wegen Besorgnis der Befangenheit zu beantragen.

Nach § 9 II S1 SGO hat jeder Pirat jederzeit das Recht, dem Gericht gegenüber einen Vertreter zu benennen.

Nach § 9 III S1 SGO hat ein Vorstand gegenüber dem Gericht einen Vertreter zu benennen.

III. Hinweise zur Kommunikation

Das Landesschiedsgericht wird auf Empfehlung des ehemaligen Datenschutzbeauftragten des Landesverbandes Nordrhein-Westfalen elektronische Kommunikation ausschließlich verschlüsselt abwickeln. Im Falle ausgehender E-Mails wird dabei ein PGP-Schlüssel des Empfängers verwendet. Die Parteien werden gebeten, dem Landesschiedsgericht den Fingerabdruck ihres Schlüssels mitzuteilen. Erfolgt keine Mitteilung, verwendet das Landesschiedsgericht einen auf einem öffentlichen Schlüsselserver anhand der E-Mail-Adresse gefundenen Schlüssel. Ist keine verschlüsselte elektronische Kommunikation mit einer Partei möglich, werden ihr Schriftstücke postalisch zugestellt.

Melano Gärtner
Berichterstatter

Martin Kesztyüs

Christian Degen